

"Bürokratische Bremsklötze" in Luxemburger Wort (22. Mai 1999)

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 22-23.05.1999, n° 117; 152. Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"burokratische_bremsklotze"_in_luxemburger_wort_22_mai_1999-de-e9d31326-6b86-4d1a-8eb0-3a23ab3f12bd.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 11/12/2012

Bürokratische Bremsklötze

von Otto Habsburg

Die Verhandlungen über die Erweiterung der Europäischen Union treten nunmehr in eine entscheidende Phase. Nachdem bei vielen Kapiteln der Studien über die Beitrittswilligen gefunden wurde, daß die Sachen mit wenigen Ausnahmen wesentlich besser gehen, als man sich anfänglich vorgestellt hatte, dürften nun noch einige relativ schwierige Kapitel kommen, die aber alle zeitlich erledigt werden können. Das ist zumindest die Ansicht der Sachverständigen der Europäischen Kommission, die mit den Verhandlungen betraut sind.

Die Gegner der Erweiterung versuchen allerdings, Hindernisse aufzubauen, in der Hoffnung, den entscheidenden Schritt wohl nicht mehr zu verhindern, aber doch hinauszuschieben. Der letzte Versuch in dieser Richtung ist das Verlangen, man möge erst, nachdem alle Kapitel, die diskutiert werden sollen und es sind davon sehr viele, erledigt sind, mit der Gesamtverhandlung beginnen. Natürlich wäre es vernünftig, daß man nacheinander die verschiedenen fertigen Kapitel diskutiert, was umso berechtigter wäre, als bereits eine ganze Anzahl von ihnen erledigt sind. Sieht man sich die Sache in dieser Perspektive an, ist es offensichtlich, daß hier Kräfte am Werk sind, die alles tun wollen, um die Erweiterung der Europäischen Union zu vertagen. Man kann nur feststellen, daß hier wohl die negativen Kräfte wissen, daß sie die Erweiterung nicht mehr verhindern können. Sie wollen aber einzelne Staaten ausschalten und andere zumindest bis über das Jahr 2002 hinaus verschieben.

Dabei ist jedem, der mit der Sache zu tun hat, klar, daß die Länder, speziell der sogenannten ersten Welle, also Ungarn, die Tschechische Republik, Polen, Slowenien und Estland, für den Beitritt bereit sind. Man kann sogar sagen, daß sie auf gewissen Gebieten besser vorbereitet sind als Staaten, die sich heute bereits innerhalb der Union befinden. Es wird dabei immer wieder versucht, mit Neidargumenten zu wirken. Insbesondere wird betont, daß die Zuwendungen an die Mittelmeerländer, die sowieso einen nicht unbedeutenden Teil der Unterstüzungen der Europäischen Union erhalten, verkürzt würden, wenn andere Staaten dazukämen. Dabei ist klar, daß über kurz oder lang übrighens glücklicherweise die Zahlungen an das Mittelmeer zu Ende gehen werden, weil sich dort die Länder bereits derart vorteilhaft entwickelt haben, daß sie die Hilfe nicht mehr im früheren Ausmaß brauchen.

Es ist eigenartig, was für Argumente auftauchen. Man spricht von der russischen Gefahr, aber in dem Sinne, daß man alles tun müsse, um Moskau zufrieden zustellen, denn es lehnt die Erweiterung ab, auch wenn dies heute nicht mehr offiziell gesagt wird. Dabei hätte doch die Lehre aus der Zeit des Hitlerismus zeigen müssen, daß man noch niemals einen Gewaltherrscher damit befriedigt hat, daß man ihm entgegengekommen ist oder gar ihm Geld gegeben hat. Im Gegenteil: Der Potentat wird immer nur aggressiver und fordert mehr. Das ist übrighens in den Verhandlungen mit Rußland der Fall, besonders nachdem heute aufgrund einer falschen Einschätzung der Lage man praktisch die Reserven des Weltwährungsfonds herangezogen hat, um Rußland die größten Summen der Geschichte auf Kosten unserer Steuerzahler zukommen zu lassen.

Dabei hätte man längst erkennen müssen, daß der Fortschritt eines Landes vor allem von dessen Einwohnern abhängt. Natürlich brauchen diese in besonders schwieriger Lage eine Unterstützung, und sie soll ihnen auch gewährt werden. Man kann aber nicht mit Geld den mangelnden Arbeitswillen ersetzen. Auch kann man nicht ohne eine Infrastruktur eine Wirtschaft aufbauen. Das ist aber, was man heute immer wieder versucht, und das ist von Grund auf falsch. Ein Geld, das man in einen Raum schüttet, in dem es keine Infrastruktur gibt, geht unheilbar verloren. Es wäre höchste Zeit, daß man sich einmal mit einfachen national ökonomischen Prinzipien befasse, anstatt ideologische Wolkenschieberei zu betreiben, bei der Rußland in der Ideologie gewisser einflußreicher Menschen den Platz von Mekka oder Rom einnimmt.

Daß dabei die große Belastung der Europäischen Union ins Gewicht fällt, ist klar. Man sagt zwar, das sei die Politik der Sozialisten, aber das ist nicht richtig. Es gibt natürlich Sozialisten, die diese Politik verfolgen, ganz besonders im Westen Europas. Man darf aber auch nicht vergessen, daß gerade die Sozialdemokraten in Mittel und Osteuropa manchmal wesentlich klarer die Gefahr, die auf uns zukommt, erkennen als

diejenigen, die unter dem gleichen Namen im Westen Politik machen.

Man sollte nicht vergessen, daß die Erweiterung für die Union nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung ist, sondern auch politisch und sicherheitspolitisch. Man sollte vor allem wissen, daß, je weiter die Grenzen der Freiheit nach Osten verschoben werden, desto sicherer der Westen und die Mitte sind. Das aber scheinen jene Bürokraten und Technokraten nicht zu erkennen, die im Bündnis mit gewissen politisch interessierten Kreisen alles tun, um die Erweiterung zu vertagen. Daß sie dabei der eigenen Bevölkerung gewaltigen Schaden zufügen, wird sich leider erst später herausstellen, so wie seinerzeit vor dem Zweiten Weltkrieg erst nach Ausbruch der Feindseligkeiten erkannt wurde, daß die sogenannten „Appeasers“ wohl keine echten Friedensfreunde waren und ganz bestimmt viel dazu beigetragen haben, daß der Hitler Krieg weit blutiger und langandauernder war, als er es ohne deren Politik gewesen wäre.